

NACHRICHTEN

Zwei KFOR-Soldaten angeschossen

KOSOVSKA MITROVICA: In der zwischen Serben und Kosovo-Albanern geteilten Stadt Kosovska Mitrovica haben französische Soldaten am Sonntag einen albanischen Heckenschützen getötet. Bei dem Schusswechsel seien fünf weitere Heckenschützen verletzt worden, teilte ein Sprecher der internationalen Friedenstruppe KFOR mit. Zwei verletzte Albaner befänden sich in medizinischer Behandlung. Die anderen Verwundeten seien verhaftet worden. Bei den blutigen Unruhen wurden auch vier Serben verletzt, wie die amtliche Nachrichtenagentur Tanjug meldete. Am Nachmittag traf der deutsche KFOR-Kommandant Klaus Reinhardt in der Stadt ein. Die KFOR verhängte eine Ausgangssperre bis Montagmorgen. Am Abend feuerten in der albanischen Enklave in Norden der Stadt noch immer vereinzelt Heckenschützen. Die Feuergefechte hatten am Vormittag begonnen, als zwei französische Soldaten aus dem Hinterhalt angeschossen wurden. Ein Unbekannter feuerte auf einen französischen Soldaten, der sich auf Beobachtungsposten in der Nähe einer Brücke im Norden der Stadt befand. Beim anschließenden Schusswechsel sei ein zweiter französischer Soldat am Arm verwundet worden. Die Verletzungen seien nicht lebensgefährlich, sagte der KFOR-Sprecher. Mehrere Stunden lang hätten die Heckenschützen, die sich auf Hausdächern und in Gebäuden postiert hatten, auf die KFOR-Soldaten gefeuert. Im Laufe der Gefechte habe eine Gruppe bewaffneter Albaner versucht, den Fluss Ibar in Richtung Norden zu überqueren, der die Grenze zwischen dem hauptsächlich von Albanern bewohnten Süden und dem überwiegend serbischen Norden bildet.

Massiver Druck auf Barak

JERUSALEM: In Israel wächst der Druck auf die Regierung, die Armee rasch aus dem Südlibanon abzuziehen. Mindestens die Hälfte der Minister im Kabinett von Ministerpräsident Ehud Barak sei für einen baldigen Rückzug aus der Region. Das berichteten israelische Medien am Sonntag. Der frühere Ministerpräsident und jetzige Minister für regionale Zusammenarbeit, Schimon Peres, meinte dazu am Sonntag, innerhalb der nächsten «zwei bis drei Monate» werde Barak entscheiden, wie der Abzug vollzogen werden solle und ob man ein Abkommen mit Syrien und Libanon erreichen könne. Barak hat einen Abzug aus der seit 1985 von Israel kontrollierten Sicherheitszone bis Juli dieses Jahres zugesagt. Der Regierungschef will den Rückzug nach Angaben der Zeitung «Jedioth Achronoth» ungeachtet der Forderungen nicht vorverlegen. Vertraute Baraks sagten dem Blatt, er wolle sich weiter um einen Abzug im Rahmen eines Friedensabkommens mit Syrien bemühen. Experten führen die jüngsten Erfolge der pro-iranischen Hisbollah-Miliz auf den Einsatz von relativ modernen Panzerabwehr-Raketen vom Typ TOW zurück. Die schiitische Miliz habe in den vergangenen Wochen 40 dieser Lenk Waffen auf israelische Ziele abgefeuert. Sie habe sie aus Iran erhalten, das nach eigenen Angaben den Friedensprozess zwischen Israel und Syrien torpedieren will. Innerhalb der vergangenen zwei Wochen sind in Libanon sieben israelische Soldaten getötet worden.

Russien kontrollieren Tal von Wedeno

MOSKAU: Bei der Grossoffensive gegen die tschetschenischen Rebellen im Kaukasus-Hochgebirge haben russische Truppen nach eigenen Angaben das Gebirgstal von Wedeno erobert. Dort gebe es nur noch vereinzelt Operationen, erklärte das russische Kaukasus-Oberkommando am Sonntag. Die Kämpfe hätten sich in das Tal entlang des Flusses Argun verlagert, die zweite wichtige Rebellen-Hochburg im Süden der Republik. Das Verteidigungsministerium in Moskau kündigte am Sonntag an, die Luftwaffe werde in den nächsten Tagen noch schwerere Bomben von 500, 1000 und 1500 Kilogramm Gewicht einsetzen. Auch ein Flammenwerfer-Bataillon werde aus dem Gebiet Iwanowo bei Moskau nach Tschetschenien abkommandiert. Überprüfbar waren die russischen Erfolgsmeldungen nicht, es gab auch keine Angaben zu den Opfern der Kämpfe. In den hohen Bergen halten sich nach russischen Schätzungen bis zu 8000 Rebellen versteckt. Durch den Fall der Hauptstadt Grosny und den Tod oder die Verwundung vieler Feldkommandanten sind die Tschetschenen geschwächt.

Verschärfte Haltung

Friedensprozess in Nordirland vorerst unterbrochen

BELFAST/LONDON: Die Friedensentwicklung in Nordirland ist vorerst unterbrochen. Die führende Protestanten-Partei der Ulster Unionists (UUP) knüpfte ihre mögliche Rückkehr in eine Regierung mit den Katholiken an neue Bedingungen.

Die britischen Nationalisten verlangten am Samstag, die Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA) müsse sich auf eine Entwaffnung festlegen, bevor die Anfang Dezember 1999 gebildete und am Freitag suspendierte Regierungskoalition mit der IRA-Partei Sinn Fein fortgesetzt werden könne.

Sinn-Fein-Chef Gerry Adams sagte, die Partei werde sich erst in einer Woche mit der Lage befassen. Er warf der britischen Regierung eine Verletzung des Friedensabkommens vor.

Autonomie ausgesetzt

Die britische Regierung hatte die Autonomie Nordirlands am Freitag ausgesetzt. Nordirland-Minister Peter Mandelson hatte die Suspendierung mit mangelnden Fortschritten bei der Abrüstung begründet. Dies betreffe in erster Linie die IRA, aber auch protestantische Paramilitärs. Keine Seite habe bisher Waffen ausgehändigt.

Mandelson hat den Wunsch geäußert, die «Pause» in der nordirischen Selbstverwaltung so kurz wie möglich zu halten. London übernimmt während dieser Zeit wieder die Direktherrschaft über die Provinz.

Trimble fordert unzweideutige Verpflichtung

UUP-Chef David Trimble, der seit Anfang Dezember Chef der ersten gemeinsamen protestantisch-



Unabhängigkeitsparolen hängen an einer Mauer, nach dem Unterbruch der Friedensentwicklung spricht Adams von einer Katastrophe.

katholischen Provinzregierung war, forderte am Samstag von der katholischen Untergrundorganisation eine «unzweideutige» Verpflichtung auf Entwaffnung. Worte allein genügen nicht mehr, sagte er. Nur wenn die IRA konkret mit der Auslieferung von Waffen beginne, könne die UUP in eine Regierung zurückkehren, in der auch zwei Minister der IRA-nahen Partei Sinn Fein sitzen. Der UUP-Parteirat machte zudem einen Wiedereintritt in die Regierung von einem Votum seiner Parteibasis abhängig.

Adams spricht von Katastrophe

Adams bezeichnete die Aussetzung der Direktverwaltung am Samstag als eine «Katastrophe.»

Das Vertrauen der katholischen Bevölkerung in den Friedensprozess sei «erschüttert», sagte er.

Adams sagte ferner, die britische Regierung habe vor der verfügten Aussetzung gewusst, dass die IRA eine neue Abrüstungszusage gegeben habe. Er selbst habe Premierminister Tony Blair telefonisch darüber informiert.

Ein Sprecher Blairs sagte dazu am Samstagabend, es sei kein Angebot gemacht worden, mit dem eine Suspendierung hätte verhindert werden können.

Abrüstungssignal der IRA

Die IRA habe sich gegenüber der Internationalen Kommission für die Entwaffnung bereit erklärt, «im Rahmen der vollen Umsetzung des

Friedensabkommens zu erwägen, wie Waffen unbrauchbar gemacht werden können».

Nicht nur Trimble, sondern auch Mandelson wies die Zusage als unzureichend zurück. Sie forderten eine «unzweideutige Abrüstungsverpflichtung» und einen klaren Zeitplan für die Auflösung der Waffen- und Sprengstofflager.

Britische Sonntagszeitungen berichteten unterdessen von «Geheimtreffen» der IRA und einer ihrer Splittergruppen, der «Wahren IRA.» Auf getrennten Sitzungen hätten die Führungsgremien dieser Organisationen eine Wiederaufnahme ihrer Terror-Aktivitäten erörtert. Offizielle Stellungnahmen oder Hinweise aus Sicherheitskreisen gab es zu diesen Berichten nicht.

Die Basis soll entscheiden

FDP-Präsidium fordert Sonderparteitag der Hessen

BERLIN: Das FDP-Präsidium hat die hessischen Liberalen aufgerufen, die Basis des Landesverbandes über die Fortsetzung der Koalition unter CDU-Ministerpräsident Roland Koch entscheiden zu lassen.

Den Delegierten der hessischen FDP-Gliederungen müsse auf einem vorgezogenen Landesparteitag Gelegenheit gegeben werden, «die vom Landesvorstand bezogene Position zu korrigieren», heisst es in dem Beschluss, den das FDP-Führungsgremium am Sonntagabend in Berlin fasste.

Hinter dem Parteichef

Das Präsidium bekräftigte zudem einstimmig die von Parteichef Wolfgang Gerhardt vertretene Position gegenüber dem hessischen Landesvorstand, der dessen Festhalten an Koch als Regierungschef scharf kritisiert und vor einem Glaubwürdigkeitsverlust seiner Partei gewarnt hatte. Zudem forderte das FDP-Präsidium Koch erneut auf, «die Verantwortung für sein Fehlverhalten zu übernehmen und sein Amt zur Verfügung zu stellen». Darüber hinaus heisst es in dem von Generalsekretär Guido Westerwelle vor Journalisten erläuterten Beschluss des Präsidiums, der Sonderparteitag müsse vor einem erneuten Misstrauensvotum des Wiesbadener Landtages gegen Koch entscheiden.

Nach der hessischen FDP-Satzung kann ein Landesparteitag binnen weniger Tage einberufen werden, wenn sich sieben der 26 Kreisvorstände dafür aussprechen. Dasselbe gilt, wenn einer der fünf Par-



Das FDP-Präsidium bekräftigte einstimmig die von Parteichef Wolfgang Gerhardt vertretene Position gegenüber dem hessischen Landesvorstand.

tebezirke einen Sonderparteitag verlangt.

Konflikt verschärft

Mit dem Beschluss des FDP-Präsidiums hat sich der Konflikt zwischen Bundes- und hessischer Landespartei weiter verschärft. Die 22 Mitglieder des FDP-Landesvorstandes hatten am Samstag auf einer Krisensitzung in Lich einstimmig dafür votiert, die Koalition mit der CDU fortzusetzen. 15 Vorstandsmitglieder sprachen sich

dafür aus, Koch weiter als Ministerpräsident zu unterstützen, sieben stimmten dagegen. Wagner erklärte, die Aufklärungsarbeit Kochs in der Schwarzgeldaffäre sei überzeugend und wiege schwerer als seine Fehler. Koch, der eine Lüge und falsche Angaben im Rechenschaftsbericht seiner Partei eingestanden hatte, zeigte sich erleichtert. Im ZDF sagte er, er werde die gemeinsame Politik und die Aufklärungsarbeit in der CDU-Spendenaffäre konsequent fortsetzen.

Proteste in Österreich

WIEN: Am Wochenende haben erneut Tausende Menschen gegen die Beteiligung der FPÖ an der österreichischen Regierung demonstriert. Am Samstag gingen in Wien nach Polizeiangaben 8000 Menschen auf die Strasse. Weitere Zentren des Protests waren Linz, Innsbruck und Feldkirch. Vor der österreichischen Botschaft in Budapest organisierte die rechtsgerichtete Partei HJLP eine Solidaritätskundgebung für FPÖ-Chef Jörg Haider. Am Sonntag versammelten sich in Sydney Mitglieder der australischen jüdischen Gemeinde zu einer Protestkundgebung vor dem österreichischen Konsulat. Die rund 150 Demonstranten in Sydney warnten auf Plakaten vor einem Vierten Reich. Sie forderten die Regierung auf, den österreichischen Generalkonsul auszuweisen und australische Mitarbeiter aus Österreich abzuziehen. Die Organisatoren der Demonstration in Wien sprachen von 13 500 Teilnehmern. Einige Teilnehmer bespritzten Polizeibeamte mit Ketchup und warfen ihnen Hundefutter zu. Die Demonstranten versammelten sich vor dem Hauptbahnhof in Wien und zogen dann mit Bannern und EU-Fahnen durch die Innenstadt. In Linz versammelten sich rund 3000 Menschen zum Protest. In Innsbruck fanden sich unter dem Motto «Widerstand gegen Schwarz-Blau» 2000 Demonstranten in der Innenstadt ein. In Feldkirch marschierten rund 1000 Menschen vom Bahnhof ins Zentrum.